

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 15. Jahrgang, Nr. 17, 26. August 1998

rechts

Einblicke

Rattenfänger

Von Oskar Lafontaine

Arbeit zählt zu den wichtigsten menschlichen Grundbedürfnissen. Die Teilhabe an der Erwerbsgesellschaft ist grundlegend für Selbstbestimmung und Freiheit. Arbeit sichert die materielle Unabhängigkeit, sie stärkt das Selbstwertgefühl und gibt die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben.

Eine Gesellschaft, die dieses Grundbedürfnis nicht erfüllt, bietet einen gefährlichen Nährboden für Extremismus. Das lehrt uns die Geschichte. Und nicht erst die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hat gezeigt, daß der Nährboden auch in Deutschland vorhanden ist.

Sechzehn Jahre Kohl-Regierung haben Spuren hinterlassen. Massenarbeitslosigkeit, Verarmung und fehlende soziale Gerechtigkeit haben viele Menschen an den Rand gedrängt. Und manch einer sucht ein Ventil für seine Enttäuschung, seine Wut und seine Angst. Die Erfolge der Rechtsextremen lassen sich nicht nur, aber eben auch durch die sozialen Nöte der Menschen erklären. Arbeitslosigkeit ist eine ernste existentielle Bedrohung. Zu den materiellen Problemen kommt das Gefühl, ausgeschlossen zu sein und nicht gebraucht zu werden. Und wer keine Perspektive in der Gesellschaft für sich sieht, wird anfällig für die falschen Verheißungen der rechten Rattenfänger.

Der Schlüssel zur Bekämpfung von Rechtsextremismus ist der Abbau der Arbeitslosigkeit - vor allem der Jugendarbeitslosigkeit. Wir brauchen einen Politikwechsel, der zu einem nachhaltigen Beschäftigungsaufschwung führt. Eine Politik, die nicht immer mehr Menschen ausgrenzt, sondern auf gesellschaftlichen Konsens und auf soziale Gerechtigkeit setzt, ist die wirkungsvollste Methode, um rechtsextremen Parteien dauerhaft den Boden zu entziehen.

Auslaufmodell

Das Abschneiden bei den bayerischen Landtagswahlen dürfte für die Zukunft der „Republikaner“ von entscheidender Bedeutung sein. **Seite 2 ■**

Drohende Gefahr

Der Mainzer Wahlanalytiker Joachim Hofmann-Göttig sieht ein wachsendes Potential junger Leute mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild. **Seite 4 ■**

Wiedergutmachung

Deutsche Firmen können von einer baldigen Entschädigungsregelung für Zwangsarbeiter nur profitieren. **Seite 5 ■**

Anbandelung

Im „Neuen Deutschland“ dürfen jetzt auch Autoren, die der extremen Rechten angehören, zu Wort kommen. **Seite 6 ■**

Haßerfüllter Eiferer

Der Schweizer Holocaust-Leugner Jürgen Graf verbreitet seit zehn Jahren seine Propaganda. **Seite 7 ■**

Meldungen

Seite 13 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Landtagswahlen I

Die letzte Chance

Das Abschneiden bei den bayerischen Landtagswahlen dürfte für die Zukunft der „Republikaner“ entscheidend sein. Bei Umfragen liegen sie seit Monaten um die fünf Prozent.

Zwei Wochen vor der Bundestagswahl werden am 13. September auch in Bayern die Stimmen abgegeben: Insgesamt 19 Parteien treten zur bayerischen Landtagswahl an. Neben CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auch zahlreiche rechte und rechtsextreme Parteien. Darunter die „Republikaner“, die NPD und der „Bund Freier Bürger - Offensive für Deutschland, Die Freiheitlichen“.

Kaum reale Chancen hat derzeit der „Bund Freier Bürger“ von Manfred Brunner. Der Haider-Freund, dessen Partei nach diversen Zusammenschlüssen mittlerweile auf eine bundesweite Struktur mit rund 3.000 Mitgliedern zählen kann, dürfte allerdings seine Stoßrichtung als „D-Mark Partei“ ausbauen. Parolen gegen den Euro oder „Wir sind die Partei der Wahrung deutscher Interessen“ oder „Wir sind auch inländerfreundlich“ spiegeln den nationalistischen Charakter der Formation wider.

Auch die NPD, die von 1966 bis 1970 schon einmal mit 15 Abgeordneten im bayerischen Landtag saß, wird die Fünf-Prozent-Hürde nicht schaffen. Maximal bis zwei Prozent haben sie bisher bei Umfragen erhalten. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die NPD vor allem durch ihre Jugendorganisation JN weiter an Gewicht im rechtsextremen Spektrum gewinnt. Die NPD (730 Mitglieder in Bayern) hat sich durch ihre bundesweiten Mobilisierungen zum 1. Mai nach Leipzig unter dem Motto „Arbeit zuerst für Deutsche“ und gegen die Wehrmachtssausstellung in München am 1. März 1997, wo sie tausende Skinheads und rechtsextremistische Kameradschaftsmitglieder mobilisieren konnte, nachhaltig stabilisiert und ihre Rolle als aktives Sammelbecken verbotener neonazistischer Organisationen und bisher unorganisierter Skins unterstrichen. Offenbar setzt die NPD den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auch bewußt nicht auf den Landtagswahlkampf in Bayern. Die größten Erfolge kann die NPD weiter in Sachsen verbuchen. Dort hat sie einen massiven Mitgliederzuwachs zu verzeichnen und alles deutet darauf

hin, daß sie ihre personellen und finanziellen Möglichkeiten voll auf die nächste Landtagswahl in Sachsen konzentrieren will. Ansonsten setzt die NPD weiter auf Straßenaktionen und die Mobilisierung des „Nationalen Widerstands“ für „Deutsche Interessen“, gegen Ausländer und die Wehrmachtsausstellung. Auf Wahlplakaten, im Internet oder Flugblättern fordert die NPD „Deutschland den Deutschen“, „Arbeit zuerst für Deutsche“, „Weg mit dem Euro“, Sozialpolitik nur für das eigene Volk“, die ersatzlose Streichung des Asylparagraphen“ und die „Sofortige Abschiebung aller kriminellen Ausländer“.

Als Summe könnten gerade die Stimmen der rechtsextremen Parteien die CSU in Bayern diesmal unter die 50 Prozent-Marke drücken und der Einzug der „Republikaner“ in den Landtag ist nicht auszuschließen. Die REP-Antwort auf die CSU: „Wir halten, was die CSU verspricht.“ In Bayern halten sich die „Republikaner“ in allen Umfragen seit Monaten hartnäckig bei fünf Prozent. Von der Partei werden Umfrageergebnisse von mindestens sieben Prozent verbreitet. Die REP-Funktionäre geben sich siegessicher und bauen auf den Baden-Württemberg-Effekt: Bei der dortigen Landtagswahl hatten Meinungsforscher ihnen lediglich nur unter fünf Prozent zugetraut. Am Wahltag entschieden sich 9,1 Prozent für die Rechtsextremen.

Im Freistaat treten die „Republikaner“ am 13. September in allen 108 Wahlkreisen mit Direktkandidaten an. Man rechne sich „reale Chancen“ aus und werde die „personellen Ressourcen“ wie auch die „finanziellen Mittel“ auf Bayern konzentrieren. „Wir sind eine Volkspartei“, erklärte der REP-Landesvorsitzende Johann Gärtner beim Auftakt der heißen Wahlkampf-Phase Anfang August im Landshuter Stadtsaal. Der 47jährige Unternehmer, seit 1990 Kreisrat im Landkreis Aichach-Friedberg, spielt in seinem Heimatwahlkreis erfolgreich den Biedermann. Gegenüber Medienvertretern versucht auch der Bundesvorsitzende Schlierer seine Partei von DVU und NPD abzugrenzen. Eine allzu offensichtliche Taktik, um Rechtskonservative zu gewinnen. Denn Wahlplakate und -kampf sprechen eine andere Sprache: „REP - Arbeit für Deutsche“, „Wir machen Politik für deutsche Interessen“ oder gegen den Euro und für die konsequente Abschiebung „krimineller jugendlicher Ausländer“. Mit Postwurfsendungen an alle bayerischen Haushalte wollen die REP ihre Parolen verbreiten. Die CSU ist auch in diesem Wahlkampf ein Angriffspunkt ihres Angstgegners. Dagegen setzt die

CSU 1998 getreu dem alten Motto von Franz-Josef Strauß, daß es neben der CSU keine rechte Partei geben dürfe, erneut einen massiven Wahlkampf zu „Ausländerthemen“ mit Plakatparolen wie „Wer mehr Zuwanderung will, darf uns nicht wählen.“ Der REP-Kommentar: „Mit dem Asylkompromiß von 1992 haben die Republikaner ihr Thema noch lange nicht verloren“, gibt sich Rolf Schlierer in Landshut selbstbewußt. Dadurch, daß heute viele frühere Forderungen des REP-Programms umgesetzt bzw. längst in die etablierten Parteien Einzug gehalten haben, vergrößert sich das potentielle Wählerklientel für die Rechtsextremen. Auch darin liegt die gesellschaftliche Breitenwirkung der „Republikaner“.

■ Auslaufmodell „Republikaner“ ■

Somit hat die Bayern-Wahl auch Signalwirkung für das rechtsextreme Wählerpotential bundesweit. Sicher ist: Die bayerische Landtagswahl und die Bundestagswahl sind insofern wichtige Gradmesser für die Chancen und Machtkompetenzen des rechtsextremen Organisations- und Parteienspektrums beim Versuch, eine neue rechte Sammlungsbewegung zu formieren. „Die deutsche Rechte braucht nicht mehr, sondern weniger Parteien. Am besten nur noch eine. Welche, darüber muß man sprechen. Gemeinsam ohne Berührungsängste“, forderte im März der Mitherausgeber des rechtsextremistischen Strategieorgans „Nation+Europa“, Harald Neubauer. Doch bis jetzt wird gestritten. „Unser einziges Glück ist, daß die Rechtsextremen in Bayern nicht gemeinsam antreten“, sagt Irene Maria Sturm, Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen. Rechnet man die potentiellen Stimmen aller rechtsextremen Parteien hoch, kommen Zahlen um die zehn Prozent heraus.

Ein weiterer Mißerfolg der „Republikaner“ in ihrem Stammland Bayern (4.300 von rund 15.500 Mitgliedern bundesweit) könnte deshalb einen weiteren Mitglieder- und Kaderverlust zur Folge haben, die Spaltung der Partei wäre dann vorprogrammiert. Denn bereits jetzt stößt der offizielle Abgrenzungskurs der REP-Parteispitze gegenüber DVU und NPD bei vielen aktiven Parteimitgliedern auf Ablehnung. Die Distanz zu den offen rechtsextrem agierenden Parteien ist parteiintern stark umstritten und umkämpft. Bei einem Mißerfolg steht ein direkter Machtkampf zwischen dem Bundesvorsitzenden und seinem Vize vom erfolgreichen Landesverband Baden-Württemberg ins Haus.

Christian Käs hatte bereits im Frühjahr das „Ende der Leisetreterei“ und „mehr Flexibilität im Umgang mit politischen Konkurrenten“ gefordert. Außerdem ist Parteigründer Franz Schönhuber an der Basis noch immer populär, und parteiinterne Kritiker befürchten, den Anschluß an eine neue rechte Sammlungsbewegung zu verlieren - und das nicht erst nach dem Triumph der DVU in Magdeburg.

Trotzdem befürchten Kenner der rechten Szene durch Schönhubers Bundestagskandidatur an der Spitze der bayerischen DVU-Liste eine indirekte Wahlhilfe für die REP bei der Landtagswahl. Denn so manchem Wähler dürfte sein Name noch allzu eng mit der Partei verbunden sein.

Für gewisse Spekulationen darüber, ob es nicht doch hinter verschlossenen Türen Wahlkampfabsprachen der rechtsextremen Parteien in Bayern gegeben haben könnte, sorgte der Beschluß der DVU, nicht zur Landtagswahl anzutreten. Begründet wurde diese Entscheidung jedoch nicht mit Absprachen oder Konkurrenz durch die REP, sondern der Konkurrenz durch die CSU: In Bayern habe „nach der Rechtswende der CSU keine rechte Partei mehr Aussicht auf Erfolg“, ließ man verlauten.

Die „Republikaner“ sind für viele Rechte ein Auslaufmodell. Sehr zum Ärger der Zeitschrift „Junge Freiheit“, die ein Zusammengehen von REP, „Bund Freier Bürger“ und dem ehemaligen CSU-Ostbayerer DSU strategisch bevorzugt hätte. Denn offene Extremisten in den Vorstandsreihen einer noch zu formierenden neuen Partei könnten ein Regierungsbündnis mit nationalem Einfluß erschweren. Doch der Trend geht erst einmal in eine andere Richtung, auch wenn die Auswirkungen der parteiinternen Querelen in Mecklenburg-Vorpommern auf die DVU noch nicht abschätzbar sind. Denn genau das, was die intellektuellen Vordenker einer neuen Rechten als „tragisch-komisches Schmankerl“ und „Option ohne Vision und Zukunft“ bezeichneten, wird am 26. September, werbewirksam genau einen Tag vor der Bundestagswahl in der Passauer Nibelungenhalle stattfinden - wo Tausende zur alljährlichen Zusammenkunft der DVU sich einfinden werden: Der DVU-Chef und Verleger Gerhard Frey gemeinsam mit Franz Schönhuber, der, außer zur Bundestagswahl auch zur Europawahl im Juni 1999 für die DVU antritt, und - unbestätigten Meldungen zufolge wird dort auch der Nationalist und „Friedensforscher“ Alfred Mecktersheimer aus Starnberg erwartet.

Korbinian Pfaff

Analyse

Rechte ernst nehmen*Von Joachim Hofmann-Göttig*

Vor einem Drittel „Systemunzufriedener“ in unserer Gesellschaft warnt der Wahlforscher Richard Stöss und sieht ein bundesweites rechtsextremes Wählerpotential von 10 Prozent. Andere halten dagegen und warnen vor Überschätzung, denn die Demoskopie kann nur messen, wozu sich Interviewte freiwillig bekennen. Der „Verschweigensfaktor“ ist unberechenbar. Trotzdem: Dem Deutschland-TREND von Infratest Dimap (August) gestanden immerhin 8 Prozent der Deutschen ein, daß sie bei der kommenden Bundestagswahl „sicher oder „vielleicht“ „Republikaner“ oder die DVU wählen wollen. Darunter allein 13 Prozent junger Menschen unter 30 Jahren, 10 Prozent der Männer, 6 Prozent der Frauen. Und was zunächst in Magdeburg eine Befürchtung war, ist nunmehr amtlich beglaubigte Realität: Bei den Jungen, insbesondere Männern, sind die Rechten mehrheitsfähig. In Sachsen-Anhalt wählten, ausweislich der amtlichen Sonderauszählung nach Alter und Geschlecht, 31,7 Prozent der Männer zwischen 18 und 25 Jahren DVU.

Mit Recht ist darauf hinzuweisen, daß Landtagswahlen nicht auf Bundestagswahlen übertragen werden können, Protestwahl dort leichter fällt, das Potential im Osten für die Rechten größer ist als im Westen, für „Republikaner“ und DVU ein bundesweiter Wahlkampf schwieriger zu führen ist als ein regionaler, sich im Bundestagswahlkampf das Potential zwischen den verschiedenen Parteien der extremen Rechten zersplittert. Richtig bleibt dennoch: Die Bedrohung von rechts ist ernst zu nehmen. Es gibt ein großes Potential insbesondere junger Leute mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild. Darüber hinaus existiert ein beachtliches Protestpotential, das erst wieder von den demokratischen Parteien überzeugt werden muß. Daß dies kein Problem von CDU/CSU allein ist, wird immer deutlicher. Stöss hat bewiesen, daß viele potentielle Rechtswähler in Umfragen noch im Potential der SPD verortet werden. Sollten die Rechten stark werden, sind wir alle betroffen, die Demokraten. Nicht Verharmlosung beim Blick nach rechts ist angezeigt, sondern ernste Überzeugungsarbeit - vor allem gegenüber Jüngeren. Welche gesellschaftspolitischen Antworten haben dazu die demokratischen Parteien?

Hintergrund

Wechselwähler

Wählerinnen und Wähler der rechtsextremen DVU haben bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ihre Erststimmen gleichmäßig an CDU, SPD und PDS verteilt.

Selbst langjährige Wahlanalysen wie der Mainzer Staatssekretär Joachim Hofmann-Göttig (siehe nebenstehende Analyse) sind verblüfft. Die 192 352 Wählerinnen und Wähler, die am 26. April in Sachsen-Anhalt der Frey-Partei ihre Zweitstimmen gegeben hatten, vergaben ihre Erststimmen so: 15,3 Prozent machten sie ungültig, 23,3 Prozent stimmten für die CDU, 23,0 Prozent für die SPD und 22,2 Prozent für die PDS. Weitere 11,1 Prozent der DVU-Wählerschaft ließen ihre Erststimmen den Direktkandidaten der FDP zukommen, nur Bündnis 90/Die Grünen bekamen mit 2,1 Prozent fast gar nichts ab.

Diese Zahlen lassen sich der repräsentativen Wahlstatistik entnehmen, die im August vom Statistischen Landesamt veröffentlicht wurden. Eine solche Splitting-Analyse, für Wahlforscher in dieser Form einmalig, war möglich, weil die DVU in Sachsen-Anhalt nur mit einer Landesliste ohne Wahlkreisbewerber angetreten war. So konnten Wählerinnen und Wähler, die auf die aufwendige Werbekampagne Freys hereingefallen waren und sich zu Proteststimmen für die Rechtsextremen verleiten ließen, in der Wahlkabine entscheiden, was sie mit ihrer Erststimme machen.

Wer gedacht hatte, daß die meisten von denen, die DVU ankreuzten, eher rechts stehen, hat sich also gründlich getäuscht. Entsprechend den ersten von Forschungsinstituten ermittelten Trends neigten sie allen drei großen Parteien in Sachsen-Anhalt gleichmäßig zu. Auch wenn auf Anhieb unverständlich scheint, daß jemand gleichzeitig Sozialdemokraten und Rechtsextreme wählt, ist das jetzt ermittelte Ergebnis ebenso zweifelsfrei wie die Deutung, daß es „Proteststimmen waren. Es beruht auf einer Sonderauswertung von rund 65.000 Wahlzetteln aus 115 Wahlbezirken. Damit wurden 4,6 Prozent aller rund 1,4 Millionen Wählerinnen und Wähler, selbstverständlich anonym, erfaßt. Diese Stichprobe ist nicht nur wegen ihrer Größe verlässlich, sondern auch, weil sie das tatsächliche Wahlverhalten auswertet.

Helmut Lölhöfel

NS-Vergangenheit

Die Luft wird dünner

Nachdem sich Schweizer Kreditinstitute mit Holocaustopfern erfolgreich geeinigt haben, sind jetzt deutsche Banken und Versicherungen am Zuge. Bewegung ist auch bei einigen Firmen erkennbar, die Zwangsarbeiter ausgebeutet haben.

Kaum hatten sich am 13. August in New York Vertreter von Holocaustopfern und deren Hinterbliebene mit Schweizer Banken über eine endgültige finanzielle Regelung geeinigt, zog tags darauf die große Schweizer Zürich-Versicherung nach. Sie bot an, ebenfalls mit anspruchsberechtigten NS-Opfern Gespräche über die Klärung offener Vermögensfragen zu führen. Nach jahrelangem Leugnen, Vertuschen, Hinhalten und Zögern ist nun Bewegung in die Auseinandersetzungen gekommen.

Der in New York erzielte außergerichtliche Kompromiß legt fest, daß Schweizer Banken jüdischen Organisationen in den USA umgerechnet knapp 2,25 Mrd. DM überweisen. Das Geld soll in drei Jahresraten an Überlebende des Holocaust und deren Erben ausgezahlt werden. Die Einigung ist keine Anerkennung moralischer Schuld, sondern die Einsicht, daß gerichtliche Auseinandersetzungen und Boykottmaßnahmen amerikanischer Städte und Staaten die Geldinstitute wesentlich teurer gekommen wären. Noch am 19. Juni hatten die Schweizer Institute erklärt, 600 Mio. Franken seien ihr letztes Wort. Nur wenige Wochen später wurde dieses „letzte Wort“ um ein Vielfaches erhöht. Credit Suisse und UBS können die Zahlungen leicht verkraften. In Bankerkreisen heißt es, Credit Suisse werde 1998 einen Reingewinn von 4,9 Mrd. Mark erwirtschaften, UBS sogar 7,8 Mrd. Mark. Die beiden Geldinstitute teilen sich die angebotenen 2,25 Mrd. Mark so: UBS zahlt zwei Drittel, Credit Suisse das restliche ein Drittel.

Nun müssen sich nicht nur deutsche Banken, sondern auch deutsche Versicherungen darauf einstellen, mit den Rechtsanwälten der Opfer Verhandlungen aufzunehmen. Besonders die Deutsche und die Dresdner Bank sowie große Versicherungskonzerne dürften in die Pflicht genommen werden. Daß keine dieser Einrichtungen aus den Erfahrungen der Schweizer Institute etwas gelernt zu haben scheint, zeigen die ersten Reaktionen der genann-

ten Banken, die bereits auf 18 Mrd. US-Dollar verklagt worden sind. Beide erklärten, sie kennen die Anklageschrift nicht. Ebenso übereinstimmend wiesen sie darauf hin, daß Historiker gegenwärtig die Rolle beider Geldinstitute während der NS-Zeit überprüften. Dabei war der Deutschen Bank kürzlich in einem Zwischenbericht bescheinigt worden, sie habe Opfergeld bekommen. Nicht ganz sicher sei allerdings, ob sie über die Herkunft des Goldes informiert gewesen sei, weil sie dies zu Barren eingeschmolzen erhalten habe.

■ Boykottmaßnahmen schaden dem Ansehen der Unternehmen ■

Mehr Einsicht als Banken und Versicherungen in der Bundesrepublik haben inzwischen VW und Daimler-Benz gezeigt. Sie wollen in Kürze damit beginnen, Geld in einen gemeinsamen Fonds einzuzahlen, aus dem frühere Zwangsarbeiter finanziell unterstützt werden sollen. Die Konzerne kommen damit vermutlich anstehenden Forderungen zuvor. Ähnlich wie beim Raubgold, wo jahrzehntelang nichts zugunsten der Opfer geschah, aber die Banken mit den geraubten oder einbehaltenen Werten Zinsen verdienten, sind jetzt die wenigen noch lebenden Zwangsarbeiter entschlossen, den ihnen vorenthaltenen Lohn einzuklagen. Von SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder, der einschlägige Kenntnisse als Aufsichtsrat von VW hat, stammt der Vorschlag, einen solchen Fonds einzurichten. Außer VW und Daimler-Benz haben mittlerweile auch andere Unternehmen erkennen lassen, sich an diesem Fonds zu beteiligen. Über den Banken und Versicherungen wird die Luft dünn, bei den Firmen, die Zwangsarbeiter ausgebeutet haben, ist eine ähnliche Entwicklung im Gange.

Bei der nun erzielten Einigung zwischen Opfern und Schweizer Banken haben alle Beteiligten gewonnen. Vor Gericht hätten nach Expertenschätzungen allenfalls um die 100 Mio. Franken bei Banken nachgewiesen werden können, von denen nur ein kleiner Teil aus jüdischem Besitz stammt. Nun bekommen die Opfer wesentlich mehr und die Banken können ungestört ihre Geschäfte in den USA fortsetzen. Vorteile also für beiden Seiten. Wenn deutschen Konzernen in den USA Boykotte drohen, wird auch deren Ansehen beschädigt, was in Mark und Pfennig gar nicht beziffert werden kann. Freiwillige Einigung bringt folglich nur Vorteile - je früher, desto mehr.

Heiner Lichtenstein

Hintergrund**Neuer Schulterschuß**

Das „Neue Deutschland“, das ehemalige SED-Flaggschiff, druckt Autoren, die der extremen Rechten verhaftet sind.

Hanno Harnisch hat „größte Bauchschmerzen“. Eigentlich geht den Pressesprecher der PDS das „Neue Deutschland“ (ND) ja nichts mehr an, da es nicht mehr das Organ der Partei ist. Trotzdem hält Harnisch den Abdruck eines Artikels auf der wöchentlichen Debatten-Seite für „geschmacklos“. Wäre er ohne Erwiderung erschienen, dann hätte es sich für den PDS-Funktionär gar um einen „Skandal“ gehandelt. Die Verärgerung ist verständlich. Noch beim Schweriner Parteitag der PDS hatte er höchstpersönlich den Verfasser des fraglichen Beitrags unsanft vor die Tür gesetzt. Damals wollte der jetzt frischgebackene ND-Autor für eine Zeitung ganz anderer Ausrichtung über die PDS-Konferenz berichten: nämlich für die rechtsextreme „Junge Freiheit“.

Zu dieser hat Roland Wehl, der jetzt im ND die Frage stellt „Wie national muß die Linke sein?“, in der Tat ein sehr inniges Verhältnis. Er schreibt nicht nur ab und an für das Blatt, sondern beherbergte es auch zeitweise nach dessen Umzug nach Berlin in Räumlichkeiten der Firma „AMS Allgemeine Miet-systeme“, deren Geschäftsführer er damals war. Überhaupt scheint Wehls Einfluß bei dem Blatt erheblich weitgehender zu sein, als dies bei einem gelegentlichen Autor zu vermuten wäre. So berichtet der im Unfrieden geschiedene ehemalige JF-Redakteur Hans-Ulrich Kopp: „Auf einer schon länger zurückliegenden Gesellschafterversammlung, auf der ich Protokollführer war, gab Stein zu, daß Adressen durch Wehl an den Staatsschutz weitergegeben wurden. Er verteidigte dies damit, es sei zum Schutz der Betroffenen vor der Antifa geschehen.“ Da schreibt also jemand in einer Zeitung, die sich als antifaschistisch charakterisiert, und hat gleichzeitig die Antifaschisten als Feindbild.

Das „Neue Deutschland“ behauptet auch gar nicht erst, ihr neu gewonnener Autor sei ihr unbekannt gewesen. Trotzdem erklärt die Chefredaktion, es sei „kein Beitrag eines Nazis“ gewesen. Wörtlich: „Der - direkte oder indirekte Vorwurf, das ND dulde oder biedere sich an bei ‘gestandenen Faschisten’ oder ‘stadtbekannten Neonazis’, ist zu absurd,

um ihn ernsthaft zu behandeln.“ Dieser Vorwurf wäre allerdings naheliegend gewesen.

Nach glaubhaften Berichten hat Wehls Karriere Ende der 70er Jahre im Oldenburger Raum begonnen. Damals soll er an Wehrsportübungen im Umfeld der NSDAP/AO teilgenommen haben und auch bei entsprechenden „Führertagungen“ anwesend gewesen sein. Ab Mitte der achtziger Jahre tauchte er dann in der Redaktion der nationalrevolutionären, aus Kreisen der „Jungen Nationaldemokraten“ gegründeten Zeitschrift „wir selbst“ auf, die heute mit dem Slogan für sich wirbt, das einzige Blatt zu sein, in dem „Linke und Rechte miteinander uneinig sein können“. Auch der aktuellen Redaktion gehört er an - gemeinsam mit Personen, die als Aktivisten diverser Organisationen der extremen Rechten nur allzu bekannt sind. Getreu der alten nationalrevolutionären Taktik, die „nationale Frage“ in linken und grün-alternativen Kreisen zu verankern, war Wehl mit wenig Erfolg Ende der 80er Jahre in der AG Deutschland-und Berlin-Politik der Alternativen Liste tätig gewesen. Mehr Erfolg hatte er jetzt beim „Neuen Deutschland“.

■ Deutschvölkische Wähler? ■

Der Kontakt dürfte durch den Magdeburger Korrespondenten des Blattes, Marcel Braumann, hergestellt worden sein. Denn dieser hatte bereits im Frühjahr das Dialogangebot von „wir selbst“ angenommen und für die aktuelle Ausgabe einen inhaltlich ziemlich belanglosen und dürrtigen Artikel abgeliefert. Kritik an Braumann ist beim ND allerdings Tabu. Er sei ein „geschätzter Kollege“. Und Kritik überhaupt ist unerwünscht, auch wenn sie von einer PDS-Bundestagsabgeordneten kommt. So wurde ein entsprechender „Offener Brief“ Ulla Jelpkes durch Chefredakteur Oschmann indirekt in die Nähe der Politik der Berufsverbote gerückt. Dabei wäre alles so einfach, wenn man sich an die eigenen Erklärungen hielte. Wenige Wochen vorher nämlich hatte die PDS-Spitze alle anderen Parteien aufgefordert, sich von den Inhalten der extremen Rechten „klar zu distanzieren und sie nicht salonfähig zu machen“. Das ND scheint aber eher einem Leserbriefschreiber in „Nation+Europa“ zuzustimmen: „Der Löwenanteil der PDS-Wähler ist weitaus deutschvölkischer verankert, als das kulturbrüchige, umerzogene westdeutsche Wählerpotential“. Ob das die neue Zielgruppe ist?

Volkmar Wölk

Ausland

Eiferer des Hasses

Der umtriebige Schweizer Holocaust-Leugner Jürgen Graf, auch in Deutschland schon rechtskräftig verurteilt, verbreitet seit 10 Jahren seine Propaganda.

Rund drei Jahre nach Beginn der Ermittlungen verurteilte das Bezirksgericht Baden (Kanton Aargau) den 47jährigen Basler Sprachlehrer Jürgen Graf, den einzigen Schweizer Holocaust-Leugner mit internationaler Reputation, sowie dessen 78jährigen Verleger Gerhard Förster zu 15 bzw 12 Monaten Haft ohne Bewährung. Beide müssen noch 8.000 Franken Buße bezahlen, zusätzlich insgesamt 55.000 Franken aus dem Erlös ihrer revisionistischen Machwerke an den Staat abführen. Mit diesem Mitte Juli ergangenen Urteil wurde die bisher höchste Strafe in der Schweiz für Widerhandlungen gegen die Rassismus-Strafnorm, die seit dem 1. Januar 1995 in Kraft ist, ausgesprochen. Graf hat noch im Gerichtsgebäude angekündigt, daß er gegen das Urteil appellieren werde.

Rund vierzig Rechtsextreme folgten den Verhandlungen, unter ihnen Paul Faurisson, einer der Vorreiter der Lügner-Szene. Der österreichische Rechtsextremist Wolfgang Fröhlich hatte gar einen kurzen Auftritt als Zeuge, bis ihm der Staatsanwalt wegen Leugnung des Holocaust ein Strafverfahren ankündigte. Unter den Sympathisanten befanden sich auch die beiden Schweizer Andres J.W. Studer und Gaston Armand Amaudruz, sowie Exponenten der Nationalen Initiative Schweiz (NIS) und der völkisch-heidnischen Avalon-Gemeinschaft.

Hauptperson des Prozesses war der 47jährige Jürgen Graf, der erstmals vor bald zehn Jahren mit seinem Buch „Das Narrenschiff“, einer fremdenfeindlichen Abhandlung mit dem Asylwesen, einschlägig bekannt wurde, nachdem er als Asylbeauftragter gewirkt hatte. Drei Jahre später bekannte er sich als Holocaust-Leugner. Im Dezember 1992 veröffentlichte er im Eigenverlag das Buch „Der Holocaust auf dem Prüfstand“. Er wurde umgehend als Lehrer gefeuert. Graf gelang es, seine Lügen in drei Stichpunkten zusammenzufassen. Er bestreite schrieb er, „die Gaskammern, die behauptete Opferzahl und die Existenz eines Plans zur Judenvernichtung“.

Nach seiner fristlosen Entlassung als Lehrer lernte Graf den Würenloser Gerhard Förster kennen, der noch keinen Verlag besaß, aber Graf als Buchautor engagierte und ihm gleich die Idee für ein Buch mitgab. Das Buch „Auschwitz. Tätergeständnisse und Augenzeugen“ funktioniert nach der Logik: Wenn nach einer Zugkatastrophe sich unter vielen Zeugenaussagen einige abweichende Aussagen finden, dann kann das Unglück gar nicht stattgefunden haben. Im August 1995 erschien noch „Todesursache Zeitgeschichtsforschung“, ebenfalls in Försters Verlag. Ein fiktiver Text über eine Geschichtslehrerin, die im Unterricht den Zweiten Weltkrieg behandelt und innerhalb kurzer Zeit zur Holocaust-Leugnerin bekehrt wird. Der sprachkundige Graf stieg binnen kurzer Zeit weltweit zur ersten Garde der zahlenmäßig kleinen Schar revisionistischer Autoren auf. Seine Aktivitäten haben ihm in Deutschland bereits eine rechtskräftige Verurteilung (ein Jahr Gefängnis ohne Bewährung) eingetragen, ebenso einen Haftbefehl, da er im Frühling 1997 einem Gerichtstermin unentschuldigt fernblieb.

Graf beteiligte sich auch an der Vernetzung der Schweizer Holocaust-Leugner. Im Frühling 1994 gründete er zusammen mit Arthur Vogt (wegen Holocaust-Leugnung erstinstanzlich zu 20.000 Franken Buße verurteilt), Andreas J.W. Studer und Bernhard Schaub die Arbeitsgemeinschaft zur Enttabuisierung der Zeitgeschichte, die sich heute Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der Zeitgeschichte (AEZ) nennt. Von dem AEZ-Organ „Aurora“ erschienen bisher 14 Nummern, auch Graf gehörte zu den Autoren.

Kurz vor der Gerichtsverhandlung veröffentlichte Graf sein neuestes Elaborat, das er zusammen mit dem italienischen Gesinnungskameraden Carlo Mattogno verfaßt hat. Das Buch vertreibt diesmal ein Verlag im englischen Hastings. Es ist bereits vollständig im Internet abrufbar. Da die Datenautobahn jedoch kein rechtsfreier Raum ist, wie sich Graf und Konsorten erhofften, belangte das Gericht Graf auch wegen zweier über Internet veröffentlichter Texte. Angeboten wurden diese auf einer kanadischen bzw. schwedischen Homepage.

Trotz der Strafverfahren und mehrerer Hausdurchsuchungen ist Försters Verlag weiterhin aktiv. Erst vor wenigen Wochen versandte der Verlag sein „Verlagsprogramm 1998“, rund ein Dutzend Titel, vielfach antisemitisch, alle innerhalb von vier Jahren produziert.

Hans Stutz

Ausland

Gedenkstättenzwist

Lücken und Mängel bei der musealen Darstellung des Holocaust in den USA sieht der international renommierte Gedenkstättenexperte James Young.

Der Historiker und Professor für Judaistik an der Universität von Massachusetts gehört als einziger Ausländer und einziger Jude der Findungskommission für das geplante Holocaust-Denkmal in Berlin an. In den vergangenen Monaten hat sich Young eingehend mit den Querelen um das Denkmal in Berlin befaßt.

„Die Deutschen sollten sich eigentlich nicht so aufregen über die heftigen Kontroversen um ihre Gedenkstätten, denn die amerikanischen waren auch immer umstritten“, sagt er im Gespräch. „In New York, wo es große, unterschiedliche Gruppen gibt, haben immer verschiedene Fraktionen darum gekämpft, ihre Sicht der Dinge durchzusetzen. Da sind die Überlebenden des Holocaust, die ihrer Toten gedenken wollen. Da sind die ehemaligen Soldaten, die ihre Rolle als Befreier darstellen wollen. Da sind die orthodoxen Juden, die nur an die ermordeten Orthodoxen erinnern wollen. Andere möchten die Kämpfer des Gettoaufstands würdigen. Kein Zufall also, daß es in New York noch gar nicht so lange ein Holocaust-Museum gibt. Es hat Jahre gedauert, bis man sich einigen konnte. Umstritten ist die Einrichtung aber weiterhin.“

Seit 1980 sind in den USA hunderte von Gedenkstätten gebaut worden. Sie erinnern an die jüdischen Opfer der Nazi-Barbarei. Roma und Sinti, Homosexuelle oder Zeugen Jehovas werden kaum beachtet. Die Hitler-Gegner, die als erste in den Konzentrationslagern landeten, werden selten erwähnt. Auch die politische Entwicklung, die zur Machtübernahme der Nazis führte, spielt selbst in der größten Einrichtung, dem Washingtoner Holocaust-Museum, nur eine Rolle am Rande. Sie bleibt den meisten Amerikanern daher unverständlich.

Young findet solche Kritik berechtigt: „Ich will ja nicht zu sehr verallgemeinern, aber die Amerikaner sind ein wenig a-historisch. Sie interessieren sich nur für die Ergebnisse, weniger für den Prozeß, der dazu geführt hat. Das Museum in Washington würde natürlich sagen, daß es vor allem die Geschichte des Holocaust darstellen will. Nicht seine Vorgeschichte. Als Historiker kann ich aller-

dings beides nicht voneinander trennen. Alles gehört zusammen. Aber man glaubt wohl, man müsse diese Geschichte so einfach wie möglich erzählen.“

Daß Hitlers politische Gegner in den USA verschwiegen werden, hat auch damit zu tun, daß die meisten Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter waren. Selbst nach dem Ende des Kalten Kriegs paßt das nicht ins Weltbild der Amerikaner. Außerdem hat diese Häftlingsgruppe keine Lobby. Gegen die Reduzierung des Holocaust auf die jüdischen Opfer wehren sich mittlerweile Polen und Ukrainer, Sinti und Roma. Kritik am Washingtoner Museum gibt es aber noch aus einer anderen Ecke. Manche Historiker bemängeln, wie unkritisch dort die Rolle der USA während des Zweiten Weltkriegs dargestellt wird.

„Eigentlich sollte das Thema eine wichtigere Rolle spielen. Jetzt wird nur an einer Stelle informiert über die wieder aufgegebenen Pläne der Militärs, Auschwitz zu bombardieren. Oder über die Zahl der Flüchtlinge, die Amerika aufgenommen hat.“ In Amerika, sagt Young, habe es aber auch Vorurteile gegenüber Einwanderern und Antisemitismus gegeben. Im Museum werde das ausgespart. „Man will sich nicht auf die Rolle Amerikas konzentrieren, denn so könnte man die Verantwortung für das Geschehene zu sehr von den Nazis auf andere schieben“.

Young scheut sich nicht, gewisse Monumente als „Holocaust-Kitsch“ zu bezeichnen. Er hat viel zum Thema publiziert und ist begehrter Interviewpartner. Auf die Frage, ob die Holocaust-Debatte die Auseinandersetzung über die amerikanische Vergangenheit verdrängt, antwortet er freimütig:

„Sie hat tatsächlich mehr im Mittelpunkt gestanden als die Diskussion über die Sklaverei oder den Völkermord an den Indianern. Bis heute gibt es kein Museum zur Sklaverei. Es wäre mehr als gerecht, ein solches Museum in Washington zu bauen. An einem der Orte, an denen Sklaven versteigert wurden. Da würde ein Museum gut hinpassen. Aber die meisten Völker wollen sich nicht an ihre eigenen Verbrechen erinnern. Deutschland ist da eine Ausnahme. Wie dort um Denkmäler gestritten wird, die sich mit den Verbrechen der Nazi-Zeit befassen, könnte ein Vorbild für Amerika sein. Ob wir allerdings dazu bereit sind, uns mit unserer eigenen schrecklichen Vergangenheit auseinanderzusetzen, weiß ich nicht. Der Kongreß oder die Clinton-Regierung müßten ein Museum zur Sklaverei in Auftrag geben. Ebenso wie ein Museum zum Völkermord an den Indianern.“

Ursula Junk

Demokratische Initiativen

Holocaust-Traumata

Der Holocaust wird auf unabsehbare Zeit Bestandteil der deutschen und der jüdischen Existenz bleiben.

Viele Jahre nach der Befreiung lebte im jüdischen Altersheim Düsseldorf ein alter Mann, der seinen Mantel nicht ausziehen mochte und immer wieder fragte „Wann werden wir abgeholt?“ Ein halbes Jahrhundert nach der Befreiung schrieb die Tochter von Überlebenden in einem Aufsatz: „Vielleicht ist nun die Zeit gekommen, das Verdrängen zu überwinden, das Schweigen gerade auch gegenüber den eigenen Kindern zu brechen. Jedes einzelne Schicksal muß in der Erinnerung weiterleben. Aber wenn die eigenen Kinder es nicht erfahren, wer soll die Lebensgeschichte dann weitergeben?“ Um solche Probleme ging es Mitte August drei Tage lang während eines internationalen Symposiums in Düsseldorf. Die Frage lautete: „Das Ende der Sprachlosigkeit? - Auswirkungen der transgenerationalen Weitergabe traumatischer Holocaust-Erfahrungen“. Mit anderen Worten: Geben Holocaust-Überlebende ihre Traumata an die Kinder weiter? Ist auch die zweite Generation betroffen? Kann der Teufelskreis durchbrochen werden? Welche Hilfe kann von Psychotherapeuten kommen?

Fachleute aus Israel, den USA, Ungarn, Frankreich und der Bundesrepublik waren der Einladung fünf junger deutscher Psychiater gefolgt, u.a. Prof. Vamik Volkan aus Kalifornien, Jean Moscovitz aus Paris und Dr. Yolanda Gampel aus Tel Aviv, weltweit anerkannte Experten für Holocaust-Traumata. Solche Fachleute zu bekommen, fällt oft angesehenen Instituten schwer. Um so erstaunlicher, daß sie den Ärzten Liliane Opher-Cohn, Düsseldorf, Bernd Klose, Düsseldorf, Peter Pogany-Wnendt, Köln, Johannes Pfäfflin, Erkrath, und Bernd Sonntag, Köln, keinen Korb gaben. Die Fünf hatten aus eigener Erfahrung erkannt, daß in der Bundesrepublik ein „Psychotherapeutischer Arbeitskreis für Betroffene des Holocaust“ fehlte und ihn gegründet. Dieser PAHK ging, ohne jemals ähnliches getan zu haben, daran, das Internationale Symposium vorzubereiten, und zwar zum 50jährigen Bestehen des Staates Israel. Und so war selbstverständlich die israelische Botschaft in Bonn dort vertreten, desgleichen die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen als Förderer des

kostspieligen Unternehmens und schließlich die Jüdische Gemeinde Düsseldorf. Welche auch sprachliche Hürden sich auftun, wenn diese Thematik besprochen wird, wurde im Grußwort des Regierungsvertreters deutlich, der offenbar Angst davor hatte, das Wort „Jude“ auszusprechen, weshalb er sich in die Formulierung „jüdische Menschen“ flüchtete. Der unsägliche Begriff „jüdische Mitmenschen“ fiel glücklicherweise nicht.

Die mehr als 200 Teilnehmer - vorwiegend junge deutsche Therapeuten - konnten freilich keine Patiententrepte mit nach Hause nehmen. Der Umgang mit, die Hilfe für, das Therapieren von Überlebenden, deren Kindern und Enkeln bleiben schmerzlich, weil noch immer vieles nicht erforscht ist. Vamik Volkan, ständiger Berater des Generalsekretariates der UN und von US-Präsident Jimmy Carter, faßte gegen Ende der Tagung deren Ergebnisse und seine Erfahrungen in einzelnen Punkten zusammen, die auch für Laien wichtig sein können, wenn diese Überlebenden begegnen. Das geschieht häufiger in anderen Ländern als in Deutschland, weil die Opfer lieber anderswo leben. Diese geben ihre Ergebnisse - bewußt oder unbewußt - an ihre Nachkommen weiter. Opfer und Täter bleiben weiter sprachlos. Sprachlosigkeit führt zu nonverbaler Weitergabe. Der Holocaust bleibt auf unabsehbare Zeit Bestandteil der deutschen und der jüdischen Existenz. Auch die kommenden Generationen haben gar keine Wahl. Das kann, wie Erfahrungen in Serbien zeigen, Jahrhunderte überdauern. „Wir wissen sehr, sehr wenig,“ schloß Volkan sein Resümee.

Mit überwältigender Mehrheit schlugen die Teilnehmer schließlich vor, nach israelischem Vorbild am 27. Januar, dem deutschen Holocaustgedenktag, zwei Minuten lang bundesweit innezuhalten, zu schweigen, zu gedenken. Der PAHK wurde beauftragt, eine entsprechende Resolution zu formulieren.

Baruch Licht



■ **Bonn** - Das Buch des Esoterikers „Trutz Har-do“ (alias Tom Hockemeyer) „Jedem das Seine“, erschienen in seinem Verlag „Die Silberschnur“ (Neuwied) wurde wegen Volksverhetzung beschlagnahmt. Dies teilte die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften in ihrem amtlichen Blatt mit. Hockemeyer vertritt u.a. die These, daß „Auschwitz das vorbestimmte Schicksal der Juden (war), gerechte Sühne für begangene Untaten in früheren Leben.“ (zitiert nach „Darmstädter Echo“)

Innere Sicherheit

Terror-Strukturen

Eine „bisher unerreichte Steigerung der Gewalt- und Mordlust“, so berichtete das ZDF-Magazin „Kennzeichen D“, habe sich unter Rechtsextremisten entwickelt. Man solle zwar (noch) nicht von einer Braune-Armee-Fraktion sprechen, aber Verfassungsschützern jage die Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland „blanke Angst“ ein. Das ZDF gibt in der Tat nicht mehr weiter als das, was aus den Ämtern zu hören ist, deren alljährliche Verfassungsschutzberichte beim Verlassen der Druckereien durch die aktuelle Entwicklung im Rechtsextremismus schon wieder hoffnungslos überholt sind. Wiewohl man auch bei der Beobachtung des politischen Extremismus wie anderwärts bei Kriminalität nicht unnötig dramatisieren sollte, kann insbesondere zu Wahlkampfzeiten eine solche Berichterstattung nicht willkommen sein, ist sie doch nicht unbedingt Ausweis gelungener Sicherheitspolitik.

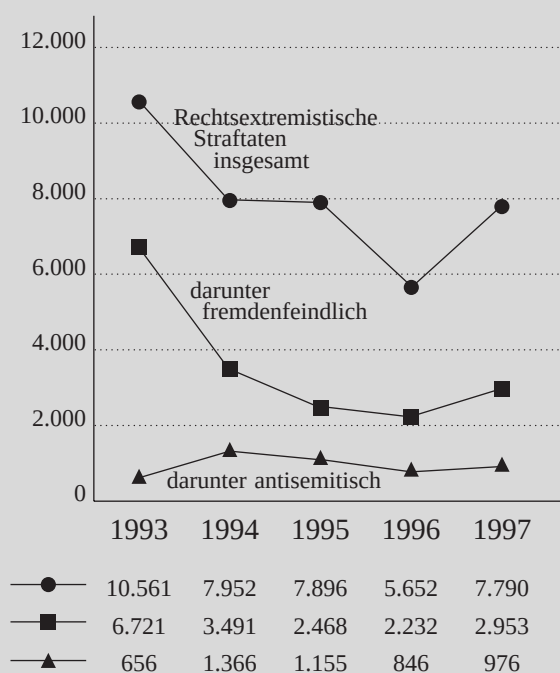
Dabei könnte nach dem im August von Innenminister Manfred Kanther vorgelegten Jahresbericht 1997 des Bundeskriminalamts angesichts einer um 1 Prozent leicht rückläufigen Kriminalität die Situation bei undifferenzierter Betrachtung als positiv bewertet werden. Der scheinbare Erfolg beruht aber, wie der Bundesinnenminister erläuterte, in erster Linie auf dem zum Teil durch bessere Vorbeugung bedingten Rückgang bei den KfZ-Diebstählen wie bei den Wohnungseinbrüchen. Mit dem Anteil der Ausländer an der Organisierten Kriminalität (OK) läßt sich kaum wahlkampf wirksam operieren, zeigen sich doch hier Erfolge. Mit 60,1 Prozent ist der Beitrag nichtdeutscher Täter zur OK rückläufig, nachdem er im Jahr zuvor noch bei 62,2 Prozent gelegen hatte. Auch insgesamt ist der Anteil der Ausländer an der Kriminalität kontinuierlich zurückgegangen (von 33,6 Prozent auf 28,3 im Jahr 1996 und 27,9 Prozent im Vorjahr).

Es überrascht allerdings angesichts der Alltäglichkeit der Berichterstattung über rechtsextremistische Ausschreitungen in Sonderheit in den neuen Bundesländern, daß als ein sich bedrohlich entwickelnder Kriminalitätsbereich der politische Extremismus und Terrorismus in der Pressemeldung des BMI nicht genannt werden. Denn hier hat sich eine dramatische Entwicklung abgespielt, mit einem Zuwachs von fast 40 Prozent bei den rechtsextremistisch motivierten Delikten.

Eine Zunahme verzeichnet das Bundeskriminalamt bei Tötungsdelikten, bei Körperverletzung, Brand- und Sprengstoffanschlägen, vor allem aber bei den Propagandadelikten und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen um 41,8 Prozent. Die fremdenfeindlich motivierten Straftaten haben um gut 32 Prozent auf 2.953 Delikte zugenommen, antisemitisch motivierte Straftaten - leicht unterdurchschnittlich - um ca. 15 Prozent.

Die Entwicklung in den vergangenen Jahren zeigt nachfolgendes Schaubild auf:

Entwicklung rechtsextremistischer Straftaten



Bereits aus dem Lagebericht ist die in diesem Jahr fortgesetzte Brutalisierung der rechtsextremen Szene aus dem Hinweis auf Angriffe auf Kirchengemeinden, wo Geistliche sich für Belange von Ausländern einsetzen, abzulesen. Die Briefbombenserien hatten 1995 in Österreich und Deutschland für erhebliche Unruhe gesorgt; 1997 fehlten Hinweise, so das Bundeskriminalamt, auf terroristische Strukturen, wiewohl Waffenfunde doch hätten zu denken geben müssen. Daß die Grenze zum Terrorismus spätestens jetzt überschritten ist, machen auch die Mordaufrufe der rechtsextremen Gruppe „Bonzenjäger“ deutlich, die auf einer aus der Schweiz verbreiteten CD mit der Ermordung von Bundesministern drohen; das müßte auch Innenminister Kanther zu denken geben, der hier namentlich als Ziel genannt wird. Reiner Bach

Verfassungsschutz**DVU im Aufwind**

Das rechtsextremistische Potential im Freistaat Bayern ist auch in diesem Jahr wieder angestiegen. Dies geht aus dem Halbjahresbericht 1998 des Landesamts für Verfassungsschutz hervor, der Anfang August in München vorgestellt wurde. Dies gilt insbesondere für die „Deutsche Volksunion“. Sie konnte nach amtlichen Angaben ihre Mitgliederzahlen in den vergangenen Monaten wieder um 2.000 (auf 17.000) steigern, ein Zehntel des Zuwachses war demnach in Bayern zu verzeichnen, wo sie nicht zur Landtagswahl, aber zur Bundestagswahl - bekanntlich mit Ex-REP Franz Schönhuber an der Spitze - antritt. Stagnation macht sich bei den „Republikaner“ in ihrem einstigen Stammland Bayern bemerkbar, deren Mitgliedschaft sich bei 4.300 eingependelt hat. Der bayerische Innenminister Beckstein attestierte bei der Vorlage des Halbjahresberichts den REP tiefe Zerrissenheit. Seit dem DVU-Wahlerfolg in Magdeburg hätten sich die innerparteilichen Auseinandersetzungen bei den REP erheblich verschärft und mittlerweile zu einem offenen Führungsstreit geführt. Für den bayerischen Landtagswahlkampf wollten die REP immerhin zwei Millionen hinblättern; weitere zwei Millionen Mark könnten sie ferner in den Bundestagswahlkampf, zu dem sie erstmals in allen 16 Bundesländern antreten, investieren. Der bayerische Innenminister betonte, daß die DVU seit ihrem „Briefkastenwahlerfolg“ unter den rechtsextremistischen Parteien an erheblicher Bedeutung gewonnen habe. Zu erwarten sei ein millionenschwerer Einsatz für den Bundestagswahlkampf. Nach Informationen Becksteins soll allerdings als einzige Großveranstaltung der DVU bisher nur die Kundgebung in Passau am 26. September geplant sein; dort tritt dann - neben Franz Schönhuber - auch der neue DVU-Verbündete Jean Marie Le Pen auf. Ein zu beobachtendes kurzzeitiges Tschelmechtel des „Front National“ mit den „Republikanern“ scheint damit ad acta gelegt. Ernstzunehmende Rivalen im rechtsextremistischen Spektrum bleibt nach wie vor die erstarkende NPD, die sich in Bayern mitgliedsmäßig weiter auf 730 (+ 50) steigern konnte und zusammen mit ihrer Jugendorganisation JN nun über knapp 800 Mitstreiter verfügen dürfte. Allein in diesem Jahr konnte sie zu zwei Veranstaltungen, am 7. Februar in Passau und am 1. Mai in Leipzig, jeweils zwischen 4.000 bis 5.000 Teilnehmer mobilisieren. G.N.

Landtagswahlen II**Rechte Kandidaten**

■ **München.** Die „Republikaner“ treten zu den Landtagswahlen am 13. September in sämtlichen sieben bayerischen Regierungsbezirken an. Unter den insgesamt 203 Bewerberinnen und Bewerbern, 104 kandidieren direkt, sind 28 Frauen (= 13,8 Prozent), davon 9 Stimmkreiskandidatinnen; 10,8 Prozent (= 22) der REP-Kandidaten sind im öffentlichen Dienst beschäftigt, darunter 18 Beamte. In Oberbayern umfaßt die REP-Liste 65 Personen, auf den vorderen fünf Plätzen wurden platziert: Prof. Gottfried Schubert (geb. 1931), Martin Huber (1960), Alexander Neumeyer (1957), Robert Konopka ((1964), Ulrich Bannert (1950). In Niederbayern (20 Bewerber) kandidieren (nachstehend jeweils die ersten fünf in Reihenfolge): Dieter Hübing (1936), Klaus Renner (1957), Hermann Bittmann (1951), Günter Ihlefeldt (1944), Franz Enthofer (1933); Oberpfalz (19 Bewerber): Werner Suttner (1968), Max Berg (1955), Wolfgang Bauer (1950), Elmar Braml (1943), Ellionore John (1922); Oberfranken (19 Bewerber): Franz Noffke (1951), Martina Meister (1959), Bernd Brünnecke (1966), Werner Zeitler (1958), Joseph Lorenz (1941); Mittelfranken (28 Kandidaten): Manfred Ritter (1941), Werner Lippert (1941), Rudolf Baldauf (1939), Robert Holler (1946), Manfred Kitzberger (1959); Unterfranken (23 Kandidaten): Klaus Zeitler (Würzburg; 1929), Heinz Lorz (1948), Richard Graupner (1963), Berthold Seifert (1964), Monika Ewert (1940) sowie in Schwaben (29 Kandidaten): Johann Gärtner (REP-Landesvorsitzender; geb. 1950), Hermann Reichertz (1936), Susan Schmidt (1950), Hermann Mack (1953), Hans-Joachim Beppler (1968). Die NPD stellt sich mit Ausnahme Oberbayern mit 93 Bewerbern (56 Direktbewerber) zur Wahl. Der Frauenanteil (11) beträgt 11,8 Prozent. Für die NPD treten u.a. an: die stellvertretenden Landesvorsitzenden Klaus Beier (Jg. 1966) sowie Franz Salzberger (1952), die LV-Vorstandsmitglieder Alexander von Webenau (NHB-Vorsitzender; Jg. 1977), Ralf Ollert (1960), Axel Michaelis (1965) und Martha Kruse (1917); ferner Wielant Hopfner (1942), Funktionär der rassistischen GfBAEV. Der „Bund Freier Bürger“ ist mit 152 Bewerbern, davon 93 Direktkandidaten, in den sieben Regierungsbezirken vertreten. 10,5 Prozent der BFB-Bewerber sind im öffentlichen Dienst beschäftigt, der Frauenanteil (25) beträgt rund 17 Prozent.

Bücherschau**Wege zum Holocaust**

Zwei zentrale Themen bilden den Schwerpunkt der wissenschaftlichen Arbeit des an der Pacific Lutheran University in Tacoma/Washington lehrenden Historikers Christopher R. Browning: die Entwicklung der nationalsozialistischen Judenpolitik unter besonderer Berücksichtigung des zum Holocaust führenden Entscheidungsprozesses und die Gründe für die Entwicklung von Männern der mittleren und unteren Ränge der „Vernichtungsmaschinerie“ zu Mördern. Damit zusammenhängende Fragestellungen ziehen sich auch durch die acht zuvor bereits in Sammelbänden und Zeitschriften in englischer Sprache veröffentlichten Aufsätze, die in dem Band „Der Weg zur ‘Endlösung’. Entscheidungen und Täter“ erstmals zusammengefaßt auch in deutscher Sprache vorliegen.

Im einzelnen geht es darin um die Umsiedlungspolitik und die Suche nach einer „Lösung der Judenfrage“, sowie die Ghettoisierungspolitik in Polen zwischen 1939 - 1941, eine Deutung der Entscheidung zur „Endlösung“ jenseits der Ansätze von „Funktionalismus“ und „Intentionalismus“ und die Sichtweise der „Endlösung“ von exemplarisch ausgewählten deutschen Verwaltungsbeamten, den Holocaust in Polen und Gerhard Riegners Telegramm über den Holocaust vom August 1942, eine Kritik an Daniel Goldhagens monokausaler Erklärung des Holocaust und die psychologischen Deutungen von Handlungsweisen in Konzentrationslagern anhand der Aussagen des ehemaligen Häftlings Abe Kimmelman.

In diesen Abhandlungen formuliert Browning eine Interpretation, die weder wie die Intentionalisten eine direkte Linie von antisemitischer Ideologie zur politischen Umsetzung in Form des Holocaust unterstellen, noch wie die Funktionalisten, die Judenvernichtung als Ergebnis eines evolutionären und spontanen Prozesses ansehen. Er hält beide Standpunkte für übermäßig polarisiert und meint, daß es sehr wohl möglich sei, eine keineswegs widersprüchliche Mittelposition einzunehmen: Danach habe Hitler die „Endlösung“ nicht als Kulminationspunkt eines schon lange gehegten Planes beschlossen, aber 1941 eine Reihe von zum Massenmord an den Juden führenden Schlüsselentscheidungen getroffen. Die entscheidende Wende sei im Juli 1941 vollzogen worden, „als Hitler sich

in der Begeisterung über einen scheinbaren Sieg dafür aussprach, den in Rußland bereits begonnenen Tötungsprozeß auf die übrigen Juden Europas auszudehnen“ (S.69).

Gerade Brownings Bemühen, den in der Tat starren, sich mittlerweile aber etwas auflösenden Fronten zwischen der funktionalistischen und intentionalistischen Deutung des Holocaust eine differenzierte Mittelposition entgegenzustellen, macht die Aufsätze beachtenswert und interessant. Zutreffend betont er, daß die Ereignisse jener Zeit im Gegensatz zur heute üblichen Praxis aus der Sicht vor Auschwitz gesehen werden müssen. Hier zeigt sich erneut, daß das vielbeschworene Bild vom Historiker als rückwärtsgewandtem Propheten eine einseitige Deutung hervorbringen muß, wird doch dann Geschichte nur vom Ergebnis her unter Ignoranz alternativer Entwicklungstendenzen und anderer Möglichkeiten interpretiert. Ebenfalls Beachtung verdienen Brownings Äußerungen über den Erklärungsansatz von Goldhagen, dem er ohne moralische und politische Vorwürfe rein methodisch eine einseitige und selektive Interpretation von Quellen belegen und eine apodiktische und stereotypische Argumentationsweise nachweisen kann.

Armin Pfahl-Traugher

Christopher R. Browning, der Weg zur „Endlösung“. Entscheidungen und Täter. Aus dem Amerikanischen von Jürgen P. Krause, Bonn 1998 (Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger), 231 S., 39,80 DM

**Hinweis**

■ **Köln** - Die „Deutsche Welle“ in Köln hat eine Dokumentation herausgegeben, die die Verbreitung neonazistischer Propaganda und antisemitischer Hetze aus europäischen und außereuropäischen Ländern nach Deutschland zum Inhalt hat. Via Internet kommt die Hetzpropaganda demnach zum größten Teil aus den USA sowie aus Kanada und Schweden. Der Versand von neonazistischen CDs erfolgt in vielen Fällen aus Dänemark und Schweden, teilweise Großbritannien und den USA. Skizziert werden schließlich - mit sehr unterschiedlicher Gewichtung - rechtsextremistische Gruppierungen bzw. revisionistische Vertriebe in zahlreichen Ländern. Im Anhang finden noch sich zur Illustration zahlreiche neonazistische Flugschriften.

„Flugschriften, Internetsendungen und CDs“; erhältlich bei der Deutschen Welle in 50588 Köln; Fax 0221/389-41995; Internet:e-mail:ingo/bill@dw.gmd.de

Meldungen

■ **Bad Bevensen** - Wie die Vierteljahresschrift „Das Freie Forum“, das Mitteilungsblatt der „Gesellschaft für Freie Publizistik“, berichtet, wurde gegen Heinz Splittgerber, Verfasser der „Hefte zur Zeitgeschichte“, Anklage wegen Volksverhetzung und Verharmlosung von NS-Verbrechen erhoben. Splittgerbers Ausführungen gipfeln in der Behauptung, der Massenmord an Juden im Osten sei nicht deutschen Sonderkommandos zuzuschreiben, sondern es hätten namentlich in Bialystok „nach Beendigung der Kämpfe Einheimische gewütet, um sich ihrer Juden zu entledigen“. Splittgerber ist Unterzeichner des revisionistischen „Appells der 100“ und Autor in der holocaustleugnenden Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“.

■ **Berlin** - Fünf DVU-Mitglieder, unter ihnen mindestens zwei Funktionäre, haben in Berlin einen farbigen Franzosen und dessen deutsche Freundin angegriffen. Im West-Berliner Bezirk Charlottenburg sprangen die Männer aus einem Wahlkampfbus, beschimpften das Pärchen, traten später zu und sprühten mit Reizgas. Die Angreifer sollen mehrfach „Ausländer-Raus“ gerufen haben. Drei Tage nach der Tat nahm die Berliner Polizei den Chef des Lichtenberger Ortsverbandes Andre Otto sowie den Geschäftsführer der Berliner DVU, Peter Schröder, fest. Gegen Otto wurde Haftbefehl wegen Körperverletzung erlassen; er kam jedoch unter Auflagen wieder frei. Er muß sich viermal in der Woche melden und mußte auch seinen Führerschein abgeben. Vor laufenden Kameras eines ZDF-Teams hat der 27jährige Otto die Tat bereits gestanden. „Natürlich habe ich ihn geschlagen“, so Otto. In einer Erklärung der DVU wird behauptet, der Franzose habe den Bus zuerst angegriffen. Es habe sich um eine „gezielte Provokation“ gehandelt.

■ **Bonn** - In der Bonner Beethovenhalle wird vom 29. September bis zum 1. November dieses Jahres die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1994“ gezeigt. Die NPD hat für den 24. Oktober bereits eine Gegendemonstration angemeldet, zu der angeblich 3000 Teilnehmer erwartet werden.

■ **Bonn** - Nach Angaben des Bundesinnenministeriums lag die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten in den ersten fünf Monaten 1998 bei 3.029 Vorfällen (im Vergleichszeitraum 1997 wurden 3.171 Straftaten begangen). Das Bundeskriminalamt meldet für das zweite Quartal 1998 164

Straftaten aus antisemitischer Motivation. Für das erste Quartal 1998 waren noch 235 antisemitische Vorfälle registriert worden.

■ **Bruchsal** - Der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert (59) wurde am 12. August vom Amtsgericht Bruchsal wegen Beleidigung zu einer dreimonatigen Haftstrafe verurteilt. Zu einer Verurteilung wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener kam es nicht, da Max Mannheimer, Vorsitzender des Dachauer Häftlingsverbandes, seinen Strafantrag zurückgezogen hatte. Der seit November 1995 inhaftierte Deckert hatte im Juni des vergangenen Jahres einen Brief an Mannheimer geschickt, in dem er mit provokativen Formulierungen den Geschädigten in seiner Ehre verletzte und beleidigte. Das erstinstanzliche Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

■ **Erlangen** - Der 1993 gegründete neonazistische Mailboxverbund „Thule Netz“ steht vor dem Aus. In Betrieb ist derzeit nur noch eine einzige Mailbox. Deren Betreiber gab seinem Kameradenkreis jetzt zu verstehen, daß die Arbeit mit dem Netz „schon lange kaum mehr Freude“ bereite. Des weiteren informierte er über die ursprünglichen Absichten der Thule-Netz-Betreiber: „Das Thule war niemals ein Projekt für die Betreiber. Es war - und ist - ein Projekt für das nationale Lager. Es lebt von der Beteiligung und der Nutzung ihrer Nutzer - und deren Mitverantwortung. Es ist kein Selbstzweck, sondern dient der Kommunikation, der Information und dem Meinungsaustausch nationaler Aktivisten aller Art. Es soll den Horizont erweitern und verhindern, daß geistige Inzucht, wie sie in Parteien und Kameradschaften gerne zu Hause ist, die Sicht auf die Wirklichkeit vernebelt“.

■ **Goslar/Lüneburg/Greve** - Am 15. August, dem 11. Todestag von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß, nahm die bundesdeutsche Polizei mehrere Dutzend Neonazis in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen und Thüringen anläßlich versuchter - und verbotener - Aufmärsche fest. Einem Bericht der „Westfälischen Rundschau“ zufolge sollen im Hochsauerlandkreis rund 60 Neonazis in Gewahrsam genommen worden sein. Ein Trupp Neonazis, von denen 36 in Brilon, Marsberg, Winterberg und Bestwig festgenommen wurden, hatte ein Katz-und-Maus-Spiel mit den Sicherheitskräften durch verschiedene Städte versucht; die Polizei war allerdings in diesem Jahr immer schneller. Bei ihren Kontrollen stellten die Beamten zahlreiches Propagandamaterial, Fahnen und auch Waffen sicher.

Im niedersächsischen Goslar wurden 19 Rechtsextremisten vorübergehend festgenommen. Unter den Teilnehmern des versuchten Gedenkmarsches befand sich ebenfalls der Neonazi-Funktionär Thorsten Heise. In Lüneburg war für den 15. August von Torben Stecker eine Rudolf-Heß-Gedenkdemonstration angemeldet worden, die verboten wurde. Stecker wohnt in der kleinen nahegelegenen Gemeinde Handorf, wo auch Manfred Börm, einst Gauleiter der verbotenen „Wiking-Jugend“ lebt.

Etwa 150 Neonazis aus Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, Schweden und Belgien marschierten am 15. August in Greve bei Kopenhagen auf. Morgens um 7.00 Uhr begann das braune Schauspiel beim Hauptquartier der „Dänischen National-Sozialistischen Bewegung“ (DNSB) und führte durch menschenleere Straßen, um bereits eine Stunde später zu enden. Der Bundesgrenzschutz hatte zuvor 110 Neonazis, darunter zehn Niederländer, an der Einreise nach Dänemark hindern können.

■ **Gotha/Karlsruhe** - Der Karlsruher Neonazi „Hagestolz“, einer der ersten und bislang eifrigsten Schreiberlinge im Thule-Netz, attackiert dort den NPD-Landesvorsitzenden von Thüringen, Frank Golkowski, da dieser die Teilnahme seines NPD-Landesverbandes an der Bundestagswahl aus formalrechtlichen Gründen verschlafen hat. Golkowski ist im Lager sogenannten „Freien Nationalisten“ äußerst unbeliebt, da er im vergangenen Jahr in Saalfeld eine Demonstration anmeldete, kräftig dafür mobilisierte und dann die Anmeldung der genehmigten Demonstration wieder zurückzog. O-Ton Hagestolz: „Die NPD setzte damit >ein Zeichen<, daß sie eine liebe Partei ist und alles erdenkliche zur >Deeskalation< tut“.

■ **Hamburg** - Mit dem „Drogenproblem“ in den eigenen Reihen beschäftigt sich die aktuelle Ausgabe des Neonazi-Fanzines „Hamburger Sturm“, das sich auch an Hooligans und Skins richtet. Sorgen bereitet den Kameraden nicht nur der szenenübliche Suff („Komasaufen“), sondern auch der Umstand, daß es braungefärbte Rauschgiftkonsumenten gibt. An die Kameraden wird deshalb appelliert, „keine Drogen und möglichst Alkohol in zivilisierten Mengen (zu) genießen!“ Wer sich nicht daran hält, dem wird im „Hamburger Sturm“ unverhüllt gedroht: „Eins kann man nur schon mal vorweg sagen, wenn Kameraden meinen, sie könnten >privat< gegen die Grundsätze verstoßen, dann bedenkt bitte auch, daß ihr die ersten seid, die am Tage X abgeholt und in dementsprechende Lager eingewiesen werden“.

■ **Hamburg** - Der DVU-Spitzenkandidat in Schleswig-Holstein und Hamburger Rechtsanwalt Klaus Sojka erläutert in einem Rundschreiben an rechtsextreme Verlage und Medien seine Gründe, die DVU zu unterstützen. Danach habe er, Sojka, zwar Vorbehalte in personeller Hinsicht, trotzdem biete die DVU die beste Möglichkeit, wirksam eine politische und gesellschaftliche Erneuerung herbeizuführen. Dazu seien unverzichtbar erforderlich „bedeutende Geld- und Publikationsmittel“, sowie „ein unangreifbares (von namhaften Staatsrechtlern erstelltes Programm) mit klaren Zielen“ - und hierfür sei ihm keine geeignetere Partei begegnet als eben die DVU.

■ **München** - Bei der Landtagswahl am 13. September in Bayern kandidiert im Stimmkreis 701 Augsburg-Stadt-Ost der Fahrschulleiter Anton Steinböck (geb. 1943) für den „Bund Freier Bürger“. Steinböck war zuvor NPD-Spitzenfunktionär und anschließend Stadtrat für die „Republikaner“. In den Reihen der BFB-Kandidaten findet sich auch Alexander von Schrenck-Notzing, Sohn des „Criticon“-Gründers Caspar von Schrenck-Notzing. Er war 1989 einer der Bundessprecher des kurzlebigen „Republikanischen Hochschulverbandes“.

■ **München** - Der neuen Führungsmannschaft der Paneuropa-Kreisgruppe München gehört auch Kurt Heißig an. Heißig ist Dauerautor in der „Jungen Freiheit“ und schreibt auch für „Criticon“.

■ **Ostritz** - Im REP-Bundesorgan „Der Republikaner“ wirbt das Hotel Neisseblick aus dem ostsächsischen Ostritz. Gäste aus dem REP-Leserkreis sind dort „besonders herzlich willkommen“. Gerngesehene Gäste sind offenkundig auch noch andere. Im Juni fanden nämlich im Hotel Neisseblick die „1. Mitteldeutschen Vortragstage“ statt. Mitinitiiert wurde das braune Spektakel von dem einschlägig bekannten Hamburger Neonazi und Rechtsanwalt Jürgen Rieger.

■ **Rostock** - Der Norddeutsche Rundfunk klärte jetzt über die Freizeitaktivitäten des NPD-Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen am 27. September in Mecklenburg-Vorpommern auf: Thorsten Kowalski (27) aus Rostock, im Wahlkampf meist adrett gekleidet, leitet Wehrsportübungen von Neonazis. Als Ausbilder lehrt er Kampftechniken und demonstriert höchstpersönlich, wie man eine Handfeuerwaffe auf die Schläfe einer anderen Person richtet. Zu sehen sind diese Dinge auf einem Amateurvideo, das dem NDR zugespielt wurde.

■ **Schwarzenborn/Knüll** - In seinem neuesten Rundbrief berichtet der vorbestrafte Rechtsterrorist Manfred Roeder (69) über seinen Wahlkampfauftakt in Ostdeutschland, wo Roeder anlässlich der Bundestagswahl als Direktkandidat für die NPD in Stralsund antritt. Am 1. August „marschierten wir mit 700 jungen Leuten eine Stunde lang durch Neustrelitz“. Als „gefährlichsten Gegner“ hat Roeder im Wahlkampf den DVU-Bundesvorsitzenden Gerhard Frey ausgemacht, den Roeder zum, verhaßten, System zählt. „Er will mit Millionen unbedarfte Wähler ködern, die er dann maßlos enttäuschen wird“. Frey, der im übrigen ein „kapitalistisches Mammutunternehmen“ anstrebe, dulde „nur Marionetten, die ihn nicht durchschaut haben“, so Roeder.

In Neonazi-Kreisen kursiert wiederum ein Flugblatt, in dem vor Manfred Roeder, Vorsitzender der „Deutschen Bürgerinitiative“ gewarnt wird. Demnach sei Roeder ein „Werkzeug der jüdischen Diktatur in der BRDDR“. Während Roeders Haftzeit, so das Flugblatt, „flossen Millionen Beträge in seine Kassen, Spendengelder für den so >großen Patrioten<, die dem Freiheitskampf des Deutschen Volkes verloren gingen.“ Abschließend heißt es in dem Flugblatt: „Diesem Vaterlandsverräter muß das Handwerk gelegt werden. Er liefert alle seine Anschriften seinen Auftraggebern aus. Verfassungsschutz, Mossad“.

■ **Stuttgart** - Eine „Nationale Aktions Front (NAF), die aus baden-württembergischen Skinheads besteht, hat im Internet „Leitlinien für Deutsche/Verhaltensregeln für den Fortbestand unseres Volkes“ veröffentlicht. Die neonazistische NAF, die sich als Teil des „Nationalen Widerstands“ sieht, fordert ihre Gesinnungskameradinnen und -kameraden u.a. auf: „Kauft grundsätzlich nicht bei Ausländern und internationalen Fast-Food-Ketten! Nehmt den Eindringlingen damit die wirtschaftliche Grundlage! Lieber Hunger als Döner-Kebab oder Big-Mac!“, oder „Meidet alle Fernsehsendungen, die nicht unbedingt notwendig sind! Fernseher sind Feindsender! Sie dienen alle nur der Umerziehung und der Schwächung Eurer Wirtschaftskraft, dienen der Verweichlichung...!“, oder „Gründet Familien! Die Familie ist die Keimzelle unseres Volkes! Setzt Kinder in die Welt und erzieht sie zu Mitstreitern.“

■ **Stuttgart/Wien** - In der Sommerausgabe der österreichischen Monatszeitschrift „Aula“ distanziert sich der Bundesvorsitzende der „Republikaner“, Rolf Schlierer, erneut von der DVU. In einem Interview erklärt er dazu: „Ich sehe hier bei der DVU

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

nicht nur ein personelles, sondern auch ein programmatisches Defizit, das darin begründet liegt, daß es der DVU genügt, hin und wieder als Schreckgespenst auf der politischen Bühne zu erscheinen.“ Schlierer meint: „Die Menschen, die jetzt von dem Augenblicksrummel um die DVU beeindruckt sind, werden ziemlich bald merken, daß es der DVU keineswegs um eine wirkliche konstruktive politische Arbeit geht.“ Zur Situation der „Republikaner“ merkt Schlierer an; daß fast alle Landesverbände einen leichten aber stetigen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen“ hätten. Dramatisch sei lediglich die Situation in Sachsen-Anhalt, wo sich der Mitgliederstand von über 1.000 auf knapp 140 dezimiert habe.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Pressehaus I/216, Heussallee 2-10, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.
Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.
Nachweis erforderlich!
Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto